

Umfrage: Ein Transparenzgesetz für Baden-Württemberg

Transparency Deutschland und Mehr Demokratie haben im Februar 2021 248 Kandidat*innen für den 17. Landtag von Baden-Württemberg zum Thema Transparenz in der Politik und einem möglichen Transparenzgesetz befragt. 104 Kandidat*innen beantworteten die Fragen (Bündnis 90/Die Grünen: 42, SPD: 31, FDP: 20, CDU: 11). Hier finden Sie alle Antworten im Überblick.

Nummerierung	Nachname	Vorname	Partei	Wahlkreis Nr. (Wahlkreis Name)	Auf einer Skala von 1 (sehr wenig) bis 10 (sehr viel): Wie viel Transparenz braucht eine Demokratie?	Auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 10 (sehr gut): Wie beurteilen Sie die momentane Situation bezüglich der Transparenz staatlichen Handelns in Baden-Württemberg?	Würden Sie als Abgeordnete/r die Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes zu einem Transparenzgesetz mit proaktiver Veröffentlichungspflicht der Behörden unterstützen?	Sollte Ihre Partei an der Bildung der zukünftigen Landesregierung beteiligt sein; Befürworten Sie, dass die zügige Umsetzung eines Transparenzgesetzes für Baden-Württemberg in der Koalitionsvertrag aufgenommen wird?	Können Sie sich vorstellen den von Transparency Deutschland und Mehr Demokratie erarbeiteten Entwurf für ein Transparenzgesetz für Baden-Württemberg im Landtag als Gesetz einzubringen?	Sind Sie damit einverstanden, dass wir Ihre Antworten mit Ihrem Namen und Angabe Ihrer Parteizugehörigkeit sowie des Wahlkreises, in dem Sie kandidieren, auf den Internetseiten von Transparency Deutschland und Mehr Demokratie veröffentlichen?	Anmerkungen
1	Ahlemer-Stubbe	Andrea	SPD	51 (Offenburg)	8	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
2	Al-Kayal	Daniel	SPD	34 Heidelberg	8	4	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
3	Aras	Muhterem	Bündnis 90/Die Grünen	Stuttgart I	8 - Transparenz ist ein essenzieller Bestandteil der Demokratie. Bürgerinnen und Bürger müssen Abläufe und Entscheidungen nachvollziehen können, um sich an unseren demokratischen Prozessen beteiligen zu können. Natürlich kann es zugleich auch schützenswerte Rechtsgüter geben, die eine Einschränkung notwendig machen, etwa Datenschutz, Geschäftsgeheimnisse, berechnete Interessen Privater oder den Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung.	5 - Mit dem Informationsfreiheitsgesetz und dem Lobbyregistergesetz sowie der Einführung einer exekutiven Fußspur haben wir wichtige Schritte durchgesetzt. Zudem geben wir als grüne Landtagsabgeordnete schon seit vielen Jahren freiwillig an, welche mandatsbezogenen Nebeneinkünfte wir haben. In der kommenden Legislatur wollen wir aber noch weitere Schritte gehen: Wir wollen das Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln, eine Karezette für Regierungsmitglieder einführen. Wir fordern ein Transparenzgesetz und ein Open-Data-Gesetz sowie die Verpflichtung zur Offenlegung von Nebeneinkünften aller Abgeordneten.	Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	*) Der angesprochene Gesetzentwurf ist ein konstruktiver und sehr guter Anstoß für die Debatte. Es entspricht unserem Selbstverständnis, dass die Grüne Landesregierung bzw. die Grünen Abgeordneten einen eigenen Gesetzentwurf einbringen. Der Vorschlag von Transparency Deutschland und Mehr Demokratie liefert dafür aber sehr wertvolle Hinweise. Vielen Dank!
4	Arnolt	Michael	CDU	47 (Freiburg-West)	10	3	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
5	Arnold	Diana	CDU	52 (Tübingen)	10	8	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
6	Asprion	Winfried	Bündnis 90 / Die Grünen	45 (Freudenstadt)	10	8	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
7	Bauer	Theresa	Bündnis 90/Die Grünen	34 (Heidelberg)	8. Transparenz ist aus meiner Sicht ein essenzieller Bestandteil der Demokratie. Wir benötigen mehr Einsicht in Abläufe, Gutachten und Entscheidungen. Nachvollziehbarkeit amtlichen Handelns ist ein Bürgerrecht und notwendige Voraussetzung für demokratische Teilhabe. Natürlich kann es aber auch Rechtsgüter geben, die eine Einschränkung notwendig machen - etwa Datenschutz, Geschäftsgeheimnisse, berechnete Interessen Privater oder der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung.	5. Mit dem Informationsfreiheitsgesetz und dem Lobbyregistergesetz sowie der Einführung einer exekutiven Fußspur haben wir wichtige Schritte durchgesetzt. Zudem geben die grünen Landtagsabgeordneten schon seit vielen Jahren freiwillig an, welche mandatsbezogenen Nebeneinkünfte sie haben. In der kommenden Legislatur wollen wir aber noch weitere Schritte gehen: Wir wollen das Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln, eine Karezette für Regierungsmitglieder einführen. Wir fordern ein Transparenzgesetz und ein Open-Data-Gesetz sowie die Verpflichtung zur Offenlegung von Nebeneinkünften aller Abgeordneten.	Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
8	Bay	Susanne	Bündnis 90/Die Grünen	18 (Heilbronn)	8. Transparenz ist aus meiner Sicht ein essenzieller Bestandteil der Demokratie. Wir benötigen mehr Einsicht in Abläufe, Gutachten und Entscheidungen. Nachvollziehbarkeit amtlichen Handelns ist ein Bürgerrecht und notwendige Voraussetzung für demokratische Teilhabe. Natürlich kann es aber auch Rechtsgüter geben, die eine Einschränkung notwendig machen - etwa Datenschutz, Geschäftsgeheimnisse, berechnete Interessen Privater oder der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung.	5. Mit dem Informationsfreiheitsgesetz und dem Lobbyregistergesetz sowie der Einführung einer exekutiven Fußspur haben wir wichtige Schritte durchgesetzt. Zudem geben die grünen Landtagsabgeordneten schon seit vielen Jahren freiwillig an, welche mandatsbezogenen Nebeneinkünfte sie haben. In der kommenden Legislatur wollen wir aber noch weitere Schritte gehen: Wir wollen das Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln, eine Karezette für Regierungsmitglieder einführen. Wir fordern ein Transparenzgesetz und ein Open-Data-Gesetz sowie die Verpflichtung zur Offenlegung von Nebeneinkünften aller Abgeordneten.	Grundsätzlich Ja	Grundsätzlich Ja	Ja		
9	Behrens	Hans-Peter	Bündnis 90/Die Grünen	33 (Baden-Baden)	8 Transparenz ist aus meiner Sicht essentiell in der Demokratie und im Miteinander. Bürgerinnen und Bürger brauchen Einsicht in Gutachten und Entscheidungen. Nachvollziehbarkeit amtlichen Handelns ist notwendig für demokratische Teilhabe. Doch natürlich kann es auch Rechtsgüter geben, die eine Einschränkung notwendig machen - etwa Datenschutz, Geschäftsgeheimnisse, berechnete Interessen Privater oder der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung.	4 Mit dem IFG und dem Lobbyregistergesetz haben wir wichtige Ziele erreicht. Zudem geben wir grünen Abgeordneten schon seit Jahren freiwillig unsere mandatsbezogenen Nebeneinkünfte an. In der nächsten Legislatur wollen wir das IFG weiterentwickeln und zudem ein Transparenzgesetz, ein Open-Data-Gesetz, die Verpflichtung zur Offenlegung von Nebeneinkünften aller Abgeordneten sowie eine Karezette für Regierungsmitglieder einführen.	Ja	Grundsätzlich nein	Ja		
10	Birnstock	Dennis	Freie Demokraten (FDP)	09 (Nürtingen)	8	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Weiß nicht	Ja	
11	Bogner-Unden	Andrea	Bündnis 90/Die Grünen	70 (Sigmaringen)	10	8	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
12	Bonath	Frank	FDP	54 Villingen-Schwenningen	10	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
13	Born	Daniel	SPD	40 (Schwetzingen)	10	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
14	Brancazio	Jasmina	SPD	67 (Bodensee)	10	6	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
15	Braun	Martina	Bündnis 90 / Die Grünen	54 (Villingen-Schwenningen)	9	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
16	Cuny	Sebastian	SPD	39 (Weinim)	10	7	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
17	Dogan	Dr. Raanan	CDU	27 (Karlsruhe Ost)	8	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
18	Löffler	Dr. Reinhard	CDU	Stuttgart III	10	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
19	Schröder-Ritzrau	Dr. Andrea	SPD	37 (Wiesloch)	10	7	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
20	Eisenmann	Levin	CDU	56 (Konstanz-Radolfzell)	10	8	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
21	Emerich	Dominique Christine	CDU	67 (Bodensee)	8	8	Weiß nicht	Nein	Grundsätzlich nein	Ja	
22	Fahrl	Aisha	SPD	31 (Ettlingen)	10	7	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
23	Feucht	Erwin	Bündnis 90/Die Grünen	63 (Balingen)	8	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
24	Fink	Nicolas	SPD	Wahlkreis 07 (Esslingen)	10	7	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
25	Fischer	Felix	FDP	49 (Emmendingen)	10	4	Grundsätzlich Ja	Ja	Weiß nicht	Ja	
26	Frey	Joshua	Bündnis 90/Die Grünen	58 (Lorrach)	9	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
27	Fußt-Blei	Stefan	SPD	35 (Mannheim I)	9	7	Grundsätzlich Ja	Ja	Weiß nicht	Ja	

28	Gaebel	Norman	FDP	27 (Karlsruhe I)	10	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
29	Göhner	Philipp	SPD	43 (Cahw)	10	7	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
30	Gruber	Gernot	SPD	17 (Backnang)	8	6	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	Es ist zentral für die Funktionalität einer Demokratie, dass Bürgerinnen und Bürgern sowie Journalistinnen und Journalisten einen durchsetzbaren Anspruch auf Auskunft über die Tätigkeit von Regierung und Verwaltung haben. Ich würde es grundsätzlich begrüßen, wenn aus dem Informationsfreiheitsgesetz ein Transparenzgesetz würde, wonach wichtige Entscheidungen von Regierung, Verwaltung, Landtag und Kommunen ins Internet gestellt werden.
31	Haaf	Dr. Leonhard	Bündnis 90/Die Grünen	23 (Main-Tauber)	10	8	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
32	Hambach	Jan	SPD	6 (Leonberg)	8	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
33	Häusler	Martina	Bündnis 90/Die Grünen	25 (Schwäbisch Gmünd)	8	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	8 Transparenz ist aus meiner Sicht ein essenzieller Bestandteil der Demokratie. Wir benötigen mehr Einsicht in Abläufe, Gutachten und Entscheidungen. Nachvollziehbarkeit amtlichen Handelns ist ein Bürgerrecht und notwendige Voraussetzung für demokratische Teilhabe. Natürlich kann es aber auch Rechtsgüter geben, die eine Einschränkung notwendig machen – etwa Datenschutz, Geschäftsgeheimnisse, berechnete Interessen Privater oder der Kernbereich exekutiver
34	Haußmann	Jochen	FDP	16 (Schorndorf)	8/9	3/4	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	8/9 Mit der Einschränkung offensichtlicher Schutzbelange setzen wir uns für hohe Transparenz ein. 3/4 Baden-Württemberg ist in vielen Bereichen ein Nachzügler in Sachen Transparenz.
35	Heßlinger	Georg	FDP	19 (Eppingen)	10	3	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
36	Herkens	Felix	B90/ Die Grünen	42 (Pforzheim, Birkenfeld, Ippringen, Engelsbrand und Kieselbrunn)	10	7	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
37	Hildenbrand	Oliver	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Wahlkreis 03 Stuttgart III	8	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
38	Hoffmann	Jonas	SPD	58 (Lörrach)	9	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
39	Holmberg	Cindy	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	61 (Hechingen-Münsingen)	10	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
40	Hübner	Anton	SPD	27 (Karlsruhe I)	10	6	Grundsätzlich Ja	Weiß nicht	Weiß nicht	Ja	
41	Iuskov-Schwelling	Michael	GRÜNE	64 (Ulm)	10	8	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
42	Kaden	Kathinka	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	11 (Göppingen)	8	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
43	Käppler	Klaus	SPD	61 - Hechingen-Münsingen	10	7	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
44	Karrais	Daniel	FDP	53 (Rottweil)	9	3	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
45	Katersstein	Hermino	Bündnis 90/Die Grünen	41 (Sinsheim)	8	4	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	9: Transparenz ist aus meiner Sicht ein essentieller Bestandteil der Demokratie. Wir benötigen mehr Einsicht in Abläufe, Gutachten und Entscheidungen. Nachvollziehbarkeit amtlichen Handelns ist ein Bürgerrecht und notwendige Voraussetzung für demokratische Teilhabe. Natürlich kann es aber auch Rechtsgüter geben, die eine Einschränkung notwendig machen – wie z.B. beim Datenschutz, bei Geschäftsgeheimnissen, bei berechtigten Interessen Privater oder im Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung. 4: Mit dem Informationsfreiheitsgesetz, dem Lobbyregistergesetz sowie der Einführung einer exekutiven Fußspur haben wir wichtige Schritte durchgesetzt. Zudem geben ich und meine Kolleginnen und Kollegen der Grünen Landtagsfraktion schon seit vielen Jahren freiwillig an, welche mandatsbezogenen Nebeneinkünfte sie haben. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir aber noch weitere Schritte gehen: etwa die Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes, die Einführung einer Karenzzeit für Regierungsmitglieder, ein Transparenzgesetz, ein Open-Data-Gesetz sowie die Verpflichtung zur Offenlegung von Nebeneinkünften aller Abgeordneten.
46	Kenner	Andreas	SPD	Kirchheim-Teck 08	10	8	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
47	Kern	Catherine	Bündnis 90/Die Grünen	Hohenlohe 21	8	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	8 Transparenz ist aus meiner Sicht ein essenzieller Bestandteil der Demokratie. Wir benötigen mehr Einsicht in Abläufe, Gutachten und Entscheidungen. Nachvollziehbarkeit amtlichen Handelns ist ein Bürgerrecht und notwendige Voraussetzung für demokratische Teilhabe. Natürlich kann es aber auch Rechtsgüter geben, die eine Einschränkung notwendig machen – etwa Datenschutz, Geschäftsgeheimnisse, berechnete Interessen Privater oder der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung. 5 Mit dem Informationsfreiheitsgesetz und dem Lobbyregistergesetz sowie der Einführung einer exekutiven Fußspur haben wir wichtige Schritte durchgesetzt. Zudem geben die Grünen Landtagsabgeordneten schon seit vielen Jahren freiwillig an, welche mandatsbezogenen Nebeneinkünfte sie haben. In der kommenden Legislatur wollen wir aber noch weitere Schritte gehen: Wir wollen das Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln, eine Karenzzeit für Regierungsmitglieder einführen. Wir fordern ein Transparenzgesetz und ein Open-Data-Gesetz sowie die Verpflichtung zur Offenlegung von Nebeneinkünften aller Abgeordneten.
48	Kienle	Thomas	CDU	64 Ulm	8	7	Grundsätzlich Ja	Ja	Weiß nicht	Ja	
49	Kliche-Behnke	Dorothea	SPD	62 (Tübingen)	7	7	Grundsätzlich Nein	Nein	Grundsätzlich nein	Ja	Eine Veränderung der Gesetzeslage ist derzeit nicht beabsichtigt. Dennoch ist eine transparente Verwaltung ein wichtiges Ziel und für die Frage wie das erreicht werden kann, sollte auch die proaktive Veröffentlichung von behördlichen Informationen geprüft werden. Sollte diese Prüfung klare Vorteile aufzeigen, bin auch ich bereit mich für gesetzliche Veränderungen einzusetzen.
50	Knecht	Stefanie	FDP	12 Ludwigsburg	9	4	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	Ich erkenne zunehmend die Gefahr, dass die öffentliche Verwaltung Beschlüsse der gewählten Volksvertreter ungenügend umsetzt. Im Ergebnis führt dies für Menschen und Unternehmen zu einem unerträglichen Mehr an Bürokratie. Jüngstes Beispiel: die verzögerte Auszahlung von Corona-Hilfen, zu komplizierte Antragsverfahren, die zudem noch während des Beantragungsvorgangs wiederholt geändert werden. Unsere Verwaltung muss schneller werden, effizienter und darf sich modernen Management- und Prozess-Optimierungsmethoden nicht verschließen: die Digitalisierung wurde viel zu lange verschlafen (vgl. Sormas in den Gesundheitsämtern).
51	Knopf	Norbert	Bündnis 90/Die Grünen	37 Wiesloch	9	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
52	Köhler	Erwin	B90 Die Grünen	19 Eppingen	8	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
53	Körnbecke	Birte	SPD	48 - Breisgau	9	6	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
54	Kopf	Karl Rainer	SPD	50 (Lahr/Wolfach)	10	6	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
55	Krebs	Petra	Bündnis 90/Die Grünen	68	8	4	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
56			Grüne		8	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	8 Transparenz ist für eine Demokratie von höchster Bedeutung. Die Nachvollziehbarkeit amtlichen Handelns ist ein Bürgerrecht und notwendige Voraussetzung für demokratische Teilhabe. Es kann auch Rechtsgüter geben, die eine Einschränkung notwendig machen – etwa im Bereich Datenschutz, Geschäftsgeheimnisse, berechnete Interessen von Privatpersonen, der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung. 5 Mit dem Informationsfreiheitsgesetz und dem Lobbyregistergesetz sowie der Einführung einer exekutiven Fußspur haben wir wichtige Schritte durchgesetzt. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir das Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln und eine Karenzzeit für Regierungsmitglieder einführen. Wir fordern ein Transparenzgesetz und ein Open-Data-Gesetz sowie die Verpflichtung zur Offenlegung von Nebeneinkünften aller Abgeordneter.
57	Krings	Thorsten	FDP	37 (Wiesloch)	10	4	Grundsätzlich Nein	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
58	Lede Abal	Daniel	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	62 Tübingen	8	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	

59	Leidig	Ute	Grüne	27 (Karlsruhe-Ost)	8 - Für mich ist Transparenz ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie. Nur transparente Entscheidungen können nachvollzogen werden und ohne Transparenz wird ein Empfinden von "die da oben hören mich nicht" verstärkt. Transparenz wird durch Einsicht in Abläufe, Zuständigkeiten und Entscheidungen geschaffen. Bürger*innen haben ein Recht auf Transparenz, denn nur so ist demokratische Teilhabe möglich. Gleichzeitig gibt es Rechtsgüter, die eine Einschränkung notwendig machen – etwa Datenschutz, Geschäftsgeheimnisse, berechnete Interessen Privater oder der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung.	5 - Wichtige Schritte wurden gemacht: Informationsfreiheitsgesetz, Lobbyregistergesetz sowie die Einführung einer exekutiven Fußspur zeigen Informationsflüsse auf und machen Entscheidungen transparenter. Zusätzlich veröffentlichen die Abgeordneten der Grünen Landtagsfraktion schon seit vielen Jahren freiwillig, welche mandatsbezogenen Nebeneinkünfte sie haben. Die Zeit für die kommende Legislatur. Wir Grüne wollen das Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln sowie ein Transparenzgesetz und ein Open-Data-Gesetz schaffen. Eingeführt werden soll eine Karenzzeit für Regierungsmitglieder.	Grundsätzlich Ja	Ja	Weiß nicht	Ja		
60	Mack	Sybille	SPD	WK 15 Waiblingen	10: Die Vertretung von Interessen mit gesellschaftlich hohem Stellenwert gegenüber Politik, Verwaltung und allgemeiner Öffentlichkeit gehört zu den Wesensmerkmalen eines demokratischen Staatswesens. Jeder kann sich für und die für ihn wichtigen Belange in politische Prozesse einbringen. Sowohl das Zusammenspiel von Parlament, Regierung und Interessenvertreter*innen als auch das Handeln der Verwaltung muss aber in transparenter Weise nachvollziehbar sein. Dies ist wichtig, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Legitimität von Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen in Parlament, Regierung und Behörden zu erhalten.	7: Die SPD ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass wir in Baden-Württemberg mit Beginn der kommenden Legislaturperiode endlich ein verbindliches und öffentlich einsehbares Transparenzregister erhalten, in das sich Organisationen und Verbände verpflichtend eintragen müssen, die regelmäßig, auf Dauer angelegt oder im Auftrag Dritter Interessenvertretung gegenüber dem Landtag oder der Landesregierung betreiben. Auch unsere Forderung nach der sog. „weckhuten Fußspur“ wurde in diesem Transparenzregistergesetz mit aufgenommen. Im Bereich der Informationsfreiheit sind wir auf die vom Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit für Ende Februar 2021 angekündigte Evaluation des Landesinformationsfreiheitsgesetzes gespannt. Wir werden diese intensiv prüfen und uns für eine entsprechende Weiterentwicklung stark machen	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja		
61	Mattmüller	Anton	SPD	23 (Main-Tauber)	10	10	3	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
62	Mettenleiter	Bernad	8 90 / Die Grünen	52 Kehl	8	8	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
63	Miller	Matthias	CDU	5	8	7		Weiß nicht	Weiß nicht	Grundsätzlich nein	Ja	Für die CDU waren und sind offene Daten sowie die Informationsfreiheit wichtige Themen. So schnell wie sich Technik sowie Technologie weiterentwickeln und den Menschen den berechtigten Anspruch nach Transparenz erfüllen lassen, so müssen natürlich auch die gesetzlichen Grundlagen immer wieder überprüft und weiterentwickelt werden. Deshalb wird aktuell das Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) – entsprechend dem gesetzlichen Auftrag – evaluiert. Die Ergebnisse dieser Evaluation gilt es abzuwarten, um dann auf wissenschaftlicher Grundlage über eine Novellierung zu debattieren.
64	Molitor	Johanna	FDP	1 Stuttgart I	9	9	7	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
65	Müller	Herbert	FDP	5 Calw	10	10	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
66	Näder	Heidi	FDP	10 Gispödingen	10	10	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
67	Näkele	Elvira	FDP	14 Bietigheim-Bissingen	10	10	7	Grundsätzlich Ja	Weiß nicht	Grundsätzlich ja	Ja	
68	Nentwich	Ralf	Bündnis 90/Die Grünen	17 - Backnang	8 - Es ist wichtig, dass Bürger*innen Einsicht in Abläufe und Entscheidungen der Politik haben, um das Tun nachvollziehen zu können und sich aktiv an demokratischen Verfahren beteiligen zu können. Transparenz ist in einer Demokratie wichtig damit die Menschen teilhaben können. Es gibt sicher auch Einschränkungen, wie z.B. beim Datenschutz.	5 - Grüne Landtagsabgeordnete geben ihre mandatsbezogenen Nebeneinkünfte bereits freiwillig an. Mit dem Informationsfreiheitsgesetz und dem Lobbyregistergesetz hat die Landesregierung schon einiges bewirkt. Wir Grüne wollen das Informationsfreiheitsgesetz in der nächsten Legislatur weiterentwickeln.	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	Die Vorschläge von Transparency Deutschland sind ein guter Anstoss für eine Debatte und Überlegungen für einen eigenen Gesetzentwurf von Bündnis 90/Die Grünen.	
69	Nüsse	Niklas	Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE)	59 (Waldshut)	8	8	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	Vielen Dank für den Fragebogen. Sehr gerne würde ich aber noch die ersten beiden Fragen etwas begründen. Zur Frage: Wie viel Transparenz braucht eine Demokratie? Transparenz ist aus meiner Sicht für eine lebendige Demokratie unerlässlich. Es geht darum, dass Gesetze, Vorgänge und Abläufe für alle einsehbar und nachvollziehbar sein. In vielen Bereichen besteht hier noch Handlungsbedarf! Trotzdem gibt es einige Bereiche, in denen Einschränkungen nötig sein können: Zum Beispiel beim Datenschutz. Zur Frage: Wie beurteilen Sie die momentane Situation bezüglich der Transparenz staatlichen Handelns in Baden-Württemberg? Wichtige Schritte waren das Informationsfreiheitsgesetz und das Lobbyregistergesetz. GRÜNE Abgeordnete geben sogar schon seit Jahren freiwillig ihre mandatsbezogenen Nebeneinkünfte an - im Falle meiner Wahl werde ich das selbstverständlich auch tun. Aber, wir sind von vollständiger Transparenz noch weit entfernt. Dafür braucht es ein Transparenzgesetz und ein Open-Data-Gesetz. Außerdem sollten auch die Abgeordneten anderer Fraktionen transparenter mit Nebeneinkünften umgehen. Nochmals vielen Dank für Ihren Fragebogen. Mit freundlichen Grüßen Niklas Nüsse
70	Olshchowski	Petra	Bündnis 90/Die Grünen	Stuttgart IV	8 Erläuterung: Transparenz ist aus meiner Sicht ein essenzieller Bestandteil der Demokratie. Wir benötigen mehr Einsicht in Abläufe, Gutachten und Entscheidungen. Nachvollziehbarkeit amtlichen Handelns ist ein Bürgerrecht und notwendige Voraussetzung für demokratische Teilhabe. Natürlich kann es aber auch Rechtsgüter geben, die eine Einschränkung notwendig machen – etwa Datenschutz, Geschäftsgeheimnisse, berechnete Interessen Privater oder der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung.	5 Erläuterung: Mit dem Informationsfreiheitsgesetz und dem Lobbyregistergesetz sowie der Einführung einer exekutiven Fußspur haben wir wichtige Schritte durchgesetzt. Zudem geben die grünen Landtagsabgeordneten schon seit vielen Jahren freiwillig an, welche mandatsbezogenen Nebeneinkünfte sie haben. In der kommenden Legislatur wollen wir aber noch weitere Schritte gehen: Wir wollen das Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln, eine Karenzzeit für Regierungsmitglieder einführen. Wir fordern ein Transparenzgesetz und ein Open-Data-Gesetz sowie die Verpflichtung zur Offenlegung von Nebeneinkünften aller Abgeordneten.	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja		
71	Ostermeyer	Hilke	FDP	66, Biberach	8,5	8,5	3,5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
72	Pik	Reinhold	Grüne	48 (Reiskau)	8	8	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	Transparenz ist aus meiner Sicht ein essenzieller Bestandteil der Demokratie. Auch wenn wir in Deutschland und BW im Vergleich zu anderen Staaten schon gute Ergebnisse in Sachen Transparenz gibt, benötigen wir mehr Einsicht in Abläufe, Gutachten und Entscheidungen. Nachvollziehbarkeit amtlichen Handelns ist ein Bürgerrecht und notwendige Voraussetzung für demokratische Teilhabe. Einschränkungen bleiben natürlich weiterhin notwendig, sei es beim Datenschutz oder Betriebsgeheimnissen. Mit dem Informationsfreiheitsgesetz und dem Lobbyregistergesetz sowie der Einführung einer exekutiven Fußspur haben wir wichtige Schritte durchgesetzt. Zudem geben die grünen Landtagsabgeordneten schon seit vielen Jahren freiwillig an, welche mandatsbezogenen Nebeneinkünfte sie haben. In der kommenden Legislatur wollen wir aber noch weitere Schritte gehen: Wir wollen das Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln, eine Karenzzeit für Regierungsmitglieder einführen. Wir fordern ein Transparenzgesetz und ein Open-Data-Gesetz sowie die Verpflichtung zur Offenlegung von Nebeneinkünften aller Abgeordneten.
73	Poreski	Thomas	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	60	9	9	5	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
74	Rajsp	Sonja	Bündnis 90 / Die Grünen	53 (Rottweil)	9	9	6	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
75	Reith	Niko	FDP	55 Tuttlingen-Donauschingen	10	10	7	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
76	Rivoir	Martin	SPD	64 Ulm	10	10	6	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	Nur mit Transparenz schaffen wir Vertrauen.

77	Roland	Gabi	SPD		47	10	7		Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
78	Röder	Markus	Grüne		13 (Vaihingen Enz)		9 Begründung: Transparenz ist aus meiner Sicht ein essentieller Bestandteil jeglicher Demokratie. Wir benötigen daher noch mehr Einsicht in Abläufe, Gutachten und Entscheidungen. Nachvollziehbarkeit amtlichen Handelns ist ein Bürgerrecht und notwendige Voraussetzung für demokratische Teilhabe. Natürlich kann es aber andersseits auch Situationen geben, die eine Einschränkung notwendig machen – etwa Datenschutz, Geschäftsgeheimnisse, berechnete Interessen Privater oder der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung.	5 Begründung: Mit dem Informationsfreiheitsgesetz, dem Lobbyregistergesetz sowie der Einführung einer exekutiven Fußspur haben wir im Verlauf der Zeit mit grüner Regierungsbeteiligung wichtige Schritte durchgesetzt. Zudem geben wir grüne Landtagsabgeordnete schon seit vielen Jahren freiwillig und öffentlich auf unserer Fraktionsseite an, welche mandatsbezogenen Nebeneinkünfte wir haben. Dabei ist anzumerken, daß wir auf Basis eines gemeinsamen Beschlusses bis auf einen Betrag in Höhe von 700 Euro alles an die Fraktion abgeben. In der kommenden Legislatur wollen wir noch weitere Schritte im Sinne ihrer Anliegen gehen: etwa die Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes, die Einführung einer Karenzzeit für Regierungsmitglieder, ein Transparenzgesetz und ein Open-Data-Gesetz sowie die gesetzliche Verpflichtung zur Offenlegung mandatsbezogener Nebeneinkünfte aller Abgeordneten.	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
79	Saint-Cast	Nadyne	Bündnis90/Die Grünen		47 (Freiburg II)		8. Erläuterung: Transparenz ist aus meiner Sicht ein essentieller Bestandteil der Demokratie. Bürger*innen benötigen mehr Einsicht in politische Entscheidungsprozesse. Nachvollziehbarkeit amtlichen Handelns ist ein Bürgerrecht und notwendige Voraussetzung für demokratische Teilhabe. Hierfür ist vor allem einfache Sprache notwendig. Natürlich kann es aber auch Rechtsgüter geben, die eine Einschränkung notwendig machen – etwa Datenschutz, Geschäftsgeheimnisse, berechnete Interessen Privater oder der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung.	5. Erläuterung: Mit dem Informationsfreiheitsgesetz und dem Lobbyregistergesetz sowie der Einführung einer exekutiven Fußspur haben wir wichtige Schritte durchgesetzt. Zudem geben die grünen Landtagsabgeordneten schon seit vielen Jahren freiwillig an, welche mandatsbezogenen Nebeneinkünfte sie haben. In der kommenden Legislatur wollen wir aber noch weitere Schritte gehen: Wir wollen das Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln, eine Karenzzeit für Regierungsmitglieder einführen. Wir fordern ein Transparenzgesetz und ein Open-Data-Gesetz sowie die Verpflichtung zur Offenlegung von Nebeneinkünften aller Abgeordneten.	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
80	Salomon	Alexander	Bündnis 90/Die Grünen		Wahlkreis 28, Karlsruhe II (West)	8	4		Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
81	Schäfer	Marianne	FDP		46 und 47, Freiburg I + II	10	5		Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
82	Scharf	Frank	FDP		68 Wangen/Ilber	9	4		Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
83	Schlösser	Sarah	SPD		Stuttgart-Nord (Stuttgart III)	10	6		Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
84	Schmid	Roland	CDU		Stuttgart IV	10	7		Grundsätzlich Ja	Ja	Weiß nicht	Ja	
85	Schwarz	Andrea	Bündnis90/Die Grünen		30 Bretten	8	4		Grundsätzlich Ja	Ja	Weiß nicht	Ja	
86	Schwarz	Andreas	Bündnis 90/Die Grünen		08 (Kirchheim unter Teck)		4 Mit dem Informationsfreiheitsgesetz und dem Lobbyregistergesetz sowie der Einführung einer exekutiven Fußspur haben wir wichtige Schritte durchgesetzt. Ich als GRÜNER Landtagsabgeordneter gebe schon seit vielen Jahren freiwillig an, welche mandatsbezogenen Nebeneinkünfte ich habe. Das ist bei meinen GRÜNEN Landtagskolleginnen und -kollegen ebenso der Fall.		Grundsätzlich Ja	Ja	Weiß nicht	Ja	
87	Schweickert	Erik	FDP		Enz		8/9 Mit der Einschränkung offensichtlicher Schutzbelange setzen wir uns für hohe Transparenz ein.	3/4 Baden-Württemberg ist in vielen Bereichen ein Nachzügler in Sachen Transparenz.	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
88	Sckerl	Lili	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-		Weinheim	10	5		Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
89	Seemann	Stefanie	Bündnis 90/Die Grünen		44 Enz		8 Demokratie ohne Transparenz ist unvollständig. Staatliches Handeln muss für Bürger*innen nachvollziehbar sein und ist vor allem notwendig, um an demokratischen Prozessen mitwirken zu können. Nichtsdestotrotz gibt es bestimmte Bereiche, die notwendigerweise dem Datenschutz unterliegen. Das gilt es zu akzeptieren.	5 Das Informationsfreiheitsgesetz und das Lobbyregistergesetz waren erste wichtige Schritte, die insbesondere wir Grünen vorangetrieben haben. Grüne Landtagsabgeordnete gehen auch mit gutem Beispiel voran und legen mandatsbezogenen Nebeneinkünfte offen. Das fördern wir für alle Abgeordneten. Weitere grüne Forderungen sind eine Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes, eine Karenzzeit für Regierungsmitglieder, ein Transparenzgesetz und ein Open-Data-Gesetz.	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
90	Seimer	Peter	Bündnis90/Die Grünen		06 (Leonberg - Herrenberg)	9	6		Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
91	Singer	Carsten	SPD		Stuttgart II	10	7		Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
92	Stoch	Andreas	SPD		24 (Heidenheim)	10	7		Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
93	Treublut	Christine	SPD		55 Tuttlingen- Donaueschingen	9	6		Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
94	Wahl	Florian	SPD		Böblingen, 5	10	5		Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
95	Walbüßer	Armin	Bündnis 90/Die Grünen		20 Neckarsulm	9	5		Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
96	Walker	Thekla	GRÜNE		05 - Böblingen	4	4		Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	Demokratie braucht Transparenz
97	Walter	Lili	FDP		65 Ehingen	10	5		Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich nein	Ja	
98	Wechsler	Andrea	CDU		12 (Ludwigsburg)	10			Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	
99	Wegener	Patrick	SPD		21 - Hohenlohe	10	7		Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	Zur 1. Frage: Die Vertretung von Interessen – zumal wenn diese gesellschaftlich einen hohen Stellenwert haben – gegenüber Politik, Verwaltung und allgemeiner Öffentlichkeit gehört zu den Wesensmerkmalen eines demokratischen Staates. Jedes kann sich für und die für ihn wichtigen Belange in politische Prozesse einbringen. Sowohl das Zusammenspiel von Parlament, Regierung und „Interessenvertreter*innen“ als auch das Handeln der Verwaltung muss aber in transparenter Weise nachvollziehbar sein. Dies ist wichtig, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Legitimität von Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen in Parlament, Regierung und Behörden zu erhalten. Zur 2. Frage: Die SPD ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass wir in Baden-Württemberg mit Beginn der kommenden Legislaturperiode endlich ein verbindliches und öffentlich einsehbares Transparenzregister erhalten, in das sich Organisationen und Verbände verpflichtend eintragen müssen, die regelmäßig, auf Dauer angelegt oder im Auftrag Dritter Interessenvertretung gegenüber dem Landtag oder der Landesregierung betreiben. Auch unsere Forderung nach der sog. „weiblichen Fußspur“ wurde in diesem Transparenzregistergesetz mit aufgenommen. Im Bereich der Informationsfreiheit sind wir auf die vom Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit für Ende Februar 2021 angekündigte Evaluation des Landesinformationsfreiheitsgesetzes gespannt. Wir werden diese intensiv prüfen und uns für eine entsprechende Weiterentwicklung stark machen.
100	Weinmann	Nico	FDP		18 (Heilbronn)	9	3		Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich ja	Ja	

101	Wiest	Robert	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	66 Biberach	8. Transparenz ist aus meiner Sicht ein essenzieller Bestandteil der Demokratie. Wir benötigen mehr Einsicht in Abläufe, Gutachten und Entscheidungen. Nachvollziehbarkeit amtlichen Handelns ist ein Bürgerrecht und notwendige Voraussetzung für demokratische Teilhabe. Natürlich kann es aber auch Rechtsgüter geben, die eine Einschränkung notwendig machen – etwa Datenschutz, Geschäftsgeheimnisse, berechnete Interessen Privater oder der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung	5. Mit dem Informationsfreiheitsgesetz und dem Lobbyregistergesetz sowie der Einführung einer exekutiven Fußspur haben wir wichtige Schritte durchgesetzt. Zudem geben die grünen Landtagsabgeordneten schon seit vielen Jahren freiwillig an, welche mandatsbezogenen Nebeneinkünfte sie haben. In der kommenden Legislatur wollen wir aber noch weitere Schritte gehen: Wir wollen das Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln, eine Karenzzeit für Regierungsmitglieder einführen. Wir fordern ein Transparenzgesetz und ein Open-Data-Gesetz sowie die Verpflichtung zur Offenlegung von Nebeneinkünften aller Abgeordneten.	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	Der Gesetzentwurf ist ein konstruktiver und sehr guter Anstoß für die Debatte. Es entspricht unserem Selbstverständnis, dass die Grüne Landesregierung bzw. die Grünen Abgeordneten einen eigenen Gesetzentwurf einbringen. Der Vorschlag von Transparency Deutschland und Mehr Demokratie liefert dafür aber sehr wertvolle Hinweise. Ich wende Sie sich gerne bei weiteren Fragen an mich. Ihr Robert Wiest
102	Wülfle	Sabine	SPD	Wahlkreis 49 (Emmendingen)	10	7	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
103	Yadjo-Scheuerer	Emile	SPD	Baden-Baden/Bühl	9,5	6	Grundsätzlich Ja	Ja	Grundsätzlich Ja	Ja	
104	Zeisset	Jutta	CDU	49 (Emmendingen)	8	6	Grundsätzlich Ja	Ja	Weiß nicht	Ja	Bagl. der Frage "Können Sie sich vorstellen den von Transparency Deutschland und Mehr Demokratie erarbeiteten Entwurf für ein Transparenzgesetz für Baden-Württemberg im Landtag als Gesetz einzubringen?" hätte ich mir die Antwortmöglichkeit "In Teilen" gewünscht. Vollumfänglich würde ich persönlich es so nicht einbringen, in Teilen finde ich mich darin aber wieder.